

Sonntag, 26. April 2009 22:44 Uhr

URL: <http://www.lampertheimer-zeitung.de/region/rhein-neckar/meldungen/6747944.htm>

Lampertheimer Zeitung

RHEIN-NECKAR

Erst nach Klage gesprächsbereit?

24.04.2009 - LUDWIGSHAFEN

Von *Maike Hessedenz*

Bürgerinitiative schlägt juristischen Weg gegen Ludwigshafener Kombi-Verkehrsterminal ein

LUDWIGSHAFEN. Im Kampf gegen die Umweltbelastungen des Kombi-Verkehrsterminals greift die Bürgerinitiative jetzt zu drastischen Maßnahmen. Sie klagt gegen die Planfeststellung. Und plötzlich, so BI-Chef Volker Keller, zeige sich die Politik gesprächsbereit.

Am kommenden Montag, 27. April, läuft die Klagefrist gegen das Planfeststellungsverfahren zum geplanten Ausbau des Kombiverkehrsterminals Ludwigshafen (KTL) ab. Die Bürgerinitiative gegen die Umweltbelastungen des KTL der BASF (BI-KVT) kämpft seit knapp einem Jahr gegen den Lärm, dem sie ausgesetzt sind - und fühlten sich von den Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft nie wirklich ernstgenommen. Solange, bis sie jetzt ernst gemacht haben: "Der Beschluss muss nachgebessert werden", fordern die Bürger, die überwiegend im Ludwigshafener Norden zuhause sind. Unter anderem fordern die BI-Mitglieder um Vorsitzenden Volker Keller, die Zusagen zum Lärmschutz rechtsverbindlich festgehalten werden; die Daten, die der Berechnung der Lärmschutzmaßnahmen zugrunde gelegt wurden, sollen öffentlich und nachvollziehbar gemacht werden. "Wir wissen nicht, von welcher Zuglänge, welchem Gleisbett oder welchen Bremsen ausgegangen worden ist", bemängelt er. "Der Computer muss vernünftig gefüttert werden, um ehrliche Ergebnisse zu erzielen", sagt Keller.

Ein weiterer Punkt, den die Bürger nicht hinnehmen wollen: Laut BASF seien derzeit täglich 83 Züge auf den Gleisen unterwegs; eigene Zählungen zeigten jedoch, dass es lediglich 55 seien. "Bei künftig geplanten 113 Zügen entspricht das einer Verdoppelung der Belastung", so Keller - für ihn nur logisch, dass somit auch der Lärmschutz dementsprechend aufgerüstet werden müsse.

Lange hätten die Bürger mit ihren Gesprächsgesuchen gegen Windmühlen gekämpft, so der BI-Chef. Nach dem Bekanntwerden der Klage, mit dem der Verein eine Freiburger Kanzlei beauftragt habe, "erhalten wir plötzlich Einladungen zu Gesprächsrunden mit Werksleitern, Ortsvorstehern, Bürgermeistern und dem Minister. Das zeigt, dass wir wohl Unruhe geschaffen haben".

Die Chancen auf Erfolg stufen die Anwälte, so Keller, nämlich recht hoch ein.

Am 28. April muss die Klage in Koblenz sein. Die nachfolgenden sechs Wochen will die BI aber nicht nur dazu nutzen, die Klage präzise zu formulieren, sondern auch gleichzeitig in weitere Verhandlungen mit den Verantwortlichen des KTL-Ausbaus treten. Vielleicht erübrige sich damit der Gang zum Richter, im Notfall wolle die BI aber auch bis zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gehen, kündigt Keller an.

Denn die Durchsetzung ihrer Forderungen hat für die Bürger oberste Priorität: Auf der Wunschliste stehen ein effektiver Lärmschutz für die Wohngebiete, eine verbindliche Zusage, dass es ein zweites Gleis nicht geben wird, ein Nachfahrverbot zwischen 22 und 6 Uhr sowie eine Festlegung der Anzahl, der Geschwindigkeit und der Höchstlänge der Züge. "In der jetzigen Situation können wir Anwohner nämlich unsere Gärten überhaupt nicht nutzen", beschwert sich Keller.



Der Kombi-Verkehrsterminal der BASF soll beträchtlich erweitert werden. Anwohner befürchten mit der Zunahme des Schienenverkehrs eine steigende Lärmbelastung. Die Bürgerinitiative schlägt nun dem Rechtsweg ein. Archivfoto: masterpress

© Verlagsgruppe Rhein-Main 2009

Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Verlagsgruppe Rhein-Main